

**Bekanntmachung
der deutsch-peruanischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 13. August 2015

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 2. Oktober 2013/19. Dezember 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Peru über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Wasserverlustreduktion“) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 6. Januar 2015

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. August 2015

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Paul Garaycochea

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Lima, 2. Oktober 2013

Frau Ministerin,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 1449/2011 vom 15. Dezember 2011) folgende Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Peru oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Finanzierungsbeitrag (Schenkung) in Höhe von insgesamt 10 Millionen Euro (in Worten: zehn Millionen Euro) für folgendes Vorhaben im Rahmen des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ zu erhalten:

„Programm Wasserverlustreduktion (Programa de Reducción de Pérdidas de Agua)“ bis zu 10 Millionen Euro (in Worten: zehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist sowie die Finanzierungs- bzw. Durchführungsvereinbarung mit der KfW in Kraft getreten ist.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland weist besonders darauf hin, dass diese Zusage bis zum 31. Dezember 2017 vollständig verausgabt werden muss. Bis dahin nicht verausgabte Mittel verfallen ersatzlos.
3. Sollte das erwähnte Vorhaben nicht oder nur teilweise durchgeführt werden, kann es in Übereinstimmung zwischen beiden Regierungen durch ein anderes Vorhaben ersetzt werden. Ein solches Ersatz-Vorhaben muss jedoch ebenfalls als Hauptziel die Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel verfolgen und nach den im vorstehenden Absatz benannten Vorgaben bis zum 31. Dezember 2017 in vollem Umfang realisiert worden sein. Bis dahin nicht verausgabte Mittel verfallen ersatzlos.
4. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Peru zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieser Notenwechsel Anwendung.
5. Die Verwendung des unter Nummer 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der KfW und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages (Schenkung) zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.
6. Die Regierung der Republik Peru, soweit sie nicht selbst Empfänger des Finanzierungsbeitrages (Schenkung) ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund des nach Nummer 1 zu schließenden Finanzierungsvertrages entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.
7. Die Regierung der Republik Peru stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des unter Nummer 1 erwähnten Vertrages in Peru erhoben werden.
8. Die Regierung der Republik Peru überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
9. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Peru mit den unter den Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum in Kraft tritt, an dem die Regierung

der Republik Peru auf diplomatischem Weg die Erfüllung der nach ihrer Rechtsordnung vorgesehenen innerstaatlichen Verfahren notifiziert.

Genehmigen Sie, Frau Ministerin, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Joachim Schmillen

Ihrer Exzellenz
der Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Peru
Frau Eda Adriana Rivas Franchini
Lima